

- 2 -

Verhandlungsprotokoll
der 34. Sitzung des Bundesrates vom 19. Mai 1959

Vorsitz: Hr. Bundespräsident P. Chaudet

Abwesend: niemand

Schriftführer: HH. Oser und Weber

Protokolle: Die Protokolle der 26., 27. und
28. Sitzung werden genehmigt.

Beginn: 8 Uhr 30 Schluss: 11 Uhr 40

Aussprache über die Probleme gemäss Schreiben
EPD vom 15./23. April 1959

Grundlage der Aussprache sind ein vertrauliches Schreiben des Vorstehers des EPD an die Mitglieder des Bundesrates vom 15. April 1959 und der am 23. April überwiesene Bericht Hochstrasser über die Lage der technischen und naturwissenschaftlichen Forschung in der Schweiz (d.a. 11. IV. 1959).

Einleitend führt Herr Petitpierre aus, dass er Probleme, die sich im Zusammenhang mit der internationalen Lage von heute stellen, zur Diskussion bringen wollte. Die Entwicklung ist gekennzeichnet durch eine Verschärfung der Lage zum Nachteil des Westens und zum Vorteil des Ostens. Kultur und Freiheit sind bedroht. Die Gefahr besteht weniger auf dem militärischen Gebiet. Wir sind gegen den Kommunismus, übersehen aber seine Möglichkeiten, sich in verschiedenen Teilen der Welt auszubreiten. Die technische und wissenschaftliche Entwicklung hat in der Sowjetunion einen Höhepunkt erreicht. Auch in der Hilfe an die unterentwickelten Länder ist sie in Führung. Kann ein auf der Privatwirtschaft fussendes Regime mit den Mitteln, über die es heute verfügt, den Kampf führen gegen einen zentralistisch organisierten Staat, der die ganze politische und wirtschaftliche Macht in einer Hand vereinigt und zur Erreichung der Weltherrschaft einsetzen kann? Andere Länder befassen sich auch mit diesen Problemen. Der Redner ist im Besitze eines umfangreichen Berichtes aus Belgien. Frankreich hat ein eigenes Ministerium für wissenschaftliche Forschung geschaffen und gibt eine Milliarde Schweizerfranken für die Forschung aus. Es stellt sich für uns die Frage, ob wir im bisherigen Tempo weiterfahren wollen oder ob wir nicht gewisse Anstrengungen unternehmen sollten. Die Frage des Beitrittes zur UNO ist noch nicht aktuell, darf aber nicht aus den Augen verloren werden. Der Bundesrat sollte Zeit finden, um diese grossen Probleme zu prüfen, statt sich mit allen möglichen Kleinigkeiten zu befassen. Wissenschaftliche Forschung und Hilfe an unterentwickelte Länder sind ebenso wichtige Verteidigungsformen der freien Welt, wie die militärische Landesverteidigung.

Der Rat einigt sich, die einzelnen Kapitel des Berichtes der Reihe nach zu diskutieren. Herr Lepori stellt fest, dass es sich im Grunde genommen um die Frage handelt, welche Rolle die kleinen Staaten im heutigen Gleichgewicht der Kräfte der grossen Blöcke noch spielen können. Diese Rolle ist stark eingeschränkt. Für uns erst recht wegen unserer Neutralitätspolitik und unserer Auffassung von der Souveränität. Von den beiden Blöcken, die sich gegenüber stehen, erscheint der eine fest gefügt, während der andere nur mühsam zusammenzuhalten ist. Die Sowjetunion gibt den unterentwickelten Völkern wirtschaftliche Hilfe und weiss sich auch als Befreier vom Kolonialismus ins Licht zu setzen. Wir müssen damit rechnen, dass die kommunistische Idee weiterlebt. Wir können nicht mit einer inneren Revolution rechnen, noch an erfolgreiche Aufstände in den Satellitenstaaten. Der Kommunismus hat Wandlungen durchgemacht und ist nicht mehr Mythos und Religion. Es ist zu einer Kraft der Techniker und Praktiker geworden und hat damit als Idee an Macht verloren.

Unsere erste Aufgabe als Kleinstaat ist es, als Beispiel für andere, unsere politischen Einrichtungen unserer Wirtschaft und unsere Landesverteidigung auf der Höhe zu halten und zu beweisen, dass ein bürgerlich-kapitalistisches System einem Volke günstige Lebensbedingungen gewähren kann.

Daneben müssen wir auf internationalem Boden unsere Anwesenheit bekunden.

Eines der Probleme ist der Beitritt der Schweiz zur UNO und unsere Beteiligung an europäischen Institutionen. Sollte nach Abschluss eines Friedensvertrages, Deutschland Mitglied der UNO werden, dann wäre es trotz gewisser Nachteile gut, wenn die Schweiz in der UNO ihre Mitarbeit leisten würde. Selbst unsere Stellungnahme zu heiklen Fragen könnte dazu beitragen unser Prestige zu stärken. Obwohl das Problem des Beitrittes noch in der Ferne liegt, sollte das EPD seine Studien sehr weit vortreiben und die öffentliche Meinung etwas darauf vorbereiten, dass sich diese Frage stellen kann.

Herr Etter hat als Vertreter der alten Schule grösste Bedenken, ob sich unsere Neutralität vereinbaren lasse mit einem Beitritt zur UNO oder zum Europarat. Unsere Geltung ist sicher stärker als Land, das nicht der UNO angehört. Die UNO besteht heute praktisch aus zwei Blöcken. Es fragt sich, ob wir da eine gute Rolle spielen werden. Wir müssen entweder aus Rücksicht auf unsere Neutralität auf eine Stellungnahme verzichten oder dann müssen wir Farbe bekennen und damit unsere Neutralitätspolitik beeinträchtigen. Wir dienen den Völkern mehr, wenn wir uns ausserhalb dieser Organisationen halten. Für uns ist der Grundsatz Neutralität und Solidarität weiterhin das Richtige. Das Ansehen unseres Landes, das Gewicht seiner Stellungnahme beruht darauf, dass man uns noch weiterhin als das wirklich neutrale Land betrachtet.

Bei der Hilfe des Westens an die unterentwickelten Länder, sollte man sich auf diejenigen Gebiete konzentrieren, die am meisten vom Kommunismus gefährdet sind. Wenn der Kommunismus einmal den Gürtel dieser Länder überrannt haben wird, denn wäre das eine grosse Gefahr.

Herr Streuli bekennt sich ebenfalls als Anhänger der alten Schule. Man muss die Verhältnisse und Entwicklungen im internationalen Raume studieren. Die heutige Lage ist eine ganz andere als damals, da sich die Frage des Eintrittes in den Völkerbund stellte. Es gab da nicht den Kampf zweier Blöcke innerhalb der Organisation. Wir sollten auch nicht glauben, dass wir eine wichtige internationale Rolle spielen können. Mit der Hilfe an die unterentwickelten Länder können wir sehr wenig machen.

Herr Streuli würde es sehr begrüssen, wenn das EPD einen eingehenden Bericht über die Frage eines Beitrittes der Schweiz zur UNO mit seinen Vor- und Nachteilen erstatten würde. Dabei sollte auch die Frage behandelt werden, die sich für uns beim Völkerbund gestellt haben, beim Beitritt und beim Austritt.

Herr Wahlen teilt die Bedenken des EPD, dass die schweiz. Oeffentlichkeit die internationalen Wandlungen eher leicht abtut. Wir haben gute wirtschaftliche und politische Verhältnisse, es gibt einen schweizerischen Weg und deshalb besteht die Tendenz zu glauben, es werde immer so weiter gehen. Erst wenn wir zu allen Fragen Stellung genommen haben, kann man daran gehen zu überlegen, wie die Oeffentlichkeit nun aufgeklärt werden soll. Wir fühlen uns bei den Problemen, die früher an uns herantreten werden als wir glauben, durch unsere bisherige Aussenpolitik eingeengt. Unsere Oeffentlichkeit sollte auf diese Dinge vorbereitet werden, ohne dass eine Unsicherheit geschaffen wird.

Herr Hostenstein hat sich immer stark für die Frage interessiert, ob wir auf die Dauer ausserhalb der UNO bleiben können. Nach der bisherigen Entwicklung habe er keine schwerwiegenden Nachteile des Fernbleibens gespürt. Das Ausland hat darin keine Hindernis erblickt, den europäischen Sitz der UNO in unser Land zu legen und andere Organisationen der UNO bei uns zu domizilieren. Wir selber machen in vielen dieser Organisationen mit. Man hat Verständnis für unsere Auffassung. Herr Petitpierre sollte uns sagen, welche Ueberlegungen uns veranlassen könnten, das bisherige Verhältnis zu ändern im Sinne eines formellen Beitrittes zur UNO. Wenn wir keine Sonderstellung wie im Völkerbund erwarten können, wie sieht man dann die Möglichkeiten für eine Weiterführung unserer Neutralität? Was ist geschehen als Oesterreich der UNO beitrat? Wurde seine neutrale Stellung irgendwie anerkannt?

Herr Petitpierre nimmt zu diesen Voten kurz wie folgt Stellung. Er ist ebenfalls der Meinung, dass wir heute noch der Menschheit bessere Dienste leisten können, wenn wir nicht Mitglied der UNO sind. Er habe deshalb auch nur erklärt, dass sich das Problem des Beitrittes stellen werde, nur sei es heute noch nicht aktuell. Es ist auch richtig, dass unsere Stellung stark ist, weil wir nicht Mitglied der UNO sind. Unsere Lage kann sich aber allmählich ändern. Der gemeinsame Markt und andere Integrationsbestrebungen können dazu führen, dass wir isoliert werden. Mit dem Tage, da die UNO wirklich einen universellen Charakter bekäme, würde unsere

Stellung geschwächt, wenn wir nicht mitmachen. Es besteht die Gefahr, dass man dann kein Verständnis mehr hätte für den Sonderfall Schweiz. Was die Neutralität betrifft, so können wir beim Beitritt in einer Erklärung einen Vorbehalt anbringen. Oesterreich ist, nachdem seine Neutralität anerkannt war, von den Unterzeichnern des Friedensvertrages ohne Vorbehalt der UNO beigetreten.

Die Frage könnte sich auch stellen, wenn es sich um den Beitritt zu einer europäischen Organisation handeln würde.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass jetzt nichts unternommen werden soll bei der UNO, doch soll die Frage auf der Tagesordnung bleiben.

Der Herr Bundespräsident glaubt, dass wir auf alle Fälle besser tun zu warten, bis die Deutschen beigetreten sind, im Gegensatz zu den Ausführungen im schriftlichen Exposé des Vorstehers des EPD. Herr Petitpierre erklärt dazu, er habe diese Frage nur aufwerfen wollen, damit man sie sich überlegen kann.

Nach einer nochmaligen Intervention von Herrn Streuli, erklärt Herr Petitpierre, dass er ein Exposé historischer Art machen könne mit Ausführungen über Vor- und Nachteile des Beitrittes. Herr Wahlen teilt die von Herrn Petitpierre vertretene Auffassung, dass die Frage Beitritt zur UNO wohl auch in der Kommission für auswärtige Angelegenheiten diskutiert werden darf. Er würde einen Bericht des EPD in dieser Frage begrüssen und möchte wissen, ob uns unsere Neutralität nicht gestatten würde, noch weiteren internationalen Organisationen beizutreten. Herr Petitpierre glaubt, dass man hier das Maximum getan habe, was man tun konnte.

Europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Herr Petitpierre: Die Gefahr des Zusammenschlusses der Industrien der 6 Länder des gemeinsamen Marktes und ihr Kampf gegen die andern Länder ist akut. Vor allem die französische Industrie ist begeistert für den gemeinsamen Markt und wünscht keine umfassendere Organisation. Auf der Gegenseite zeichnen sich zwei Bewegungen ab. Die eine will mit allen Mitteln den Gemeinsamen Markt bekämpfen, die andere will mit allen Mitteln zu einer Vereinbarung mit dem Gemeinsamen Markte gelangen. Schweden versucht zu einer Lösung zu kommen. Diesen Versuch sollten wir mitmachen.

Herr Holenstein teilt die Auffassung des Vorstehers des EPD, dass die wirtschaftliche Integration Europas uns grosse Probleme stellt, die wir sehr aufmerksam verfolgen und studieren müssen. Die forciert rasche Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes kam für viele Beteiligte als grosse Ueberraschung. Nicht alle Staaten, die da mitmachen, sind vom Gemeinsamen Markt restlos begeistert. Es bestehen jetzt schon gewisse Differenzen in den eigenen Reihen. Es fragt sich nur was die andern OECE-Länder machen. Schweden hat ein konkretes Projekt ausgearbeitet und hat die sog. "High officers" nach Stockholm auf den 1. Juni eingeladen. Der schwedische Botschafter hat bei Herrn Holenstein diese Angelegenheit sondiert. Herr Holenstein habe ihm erklärt, dass er ihm nach der heutigen Sitzung eine Antwort geben werde. Wir sollten an der Konferenz teilnehmen. Es handelt sich nicht um eine Organisation von der Bedeutung des Gemeinsamen Marktes, sondern um die Schaffung einer dauernden Verbindung unter den

Aussenstehenden, die eine Zersplitterung der 11 "übrigen Staaten" verhindern soll. Wir müssen eingehend prüfen wie wir den Gefahren des EWG begegnen können. Ein Bericht über diese Frage wird nützlich sein. Welches Departement soll sich damit befassen? (EPD oder EVD).

Herr Wahlen fragt sich, ob es nach der Ueberraschung, die uns die Entwicklung des Gemeinsamen Marktes gebracht hat, nicht nützlich wäre, unserer Botschaft in Brüssel eine Persönlichkeit beizugeben, die die weitere Entwicklung aus der Nähe verfolgen könnte?

Herr Petitpierre: Man hat einen Spezialisten nach Brüssel geschickt, um die Kontakte mit dem Gemeinsamen Markt herzustellen. Es handelt sich um einen Herrn Dr. Würth, I. Sektionschef bei der Handelsabteilung, jetzt Botschaftsrat. Er fragt sich, ob wir dieser Vertretung offiziellen Charakter geben sollen. Der Gedanke einer Konferenz in Stockholm ist gut. Man soll eine konstruktive Lösung suchen, die annehmbar erscheint. Die Freihandelszone der 11 übrigen Staaten ist ausgezeichnet, aber Herr Petitpierre ist skeptisch, weil Dänemark dagegen ist, weil Oesterreich Vorbehalte macht und wegen der Haltung Grossbritanniens.

Herr Petitpierre wird wieder berichten, wenn die Arbeitsgruppe zu gewissen Ergebnissen gelangt sein wird.

Der Rat beschliesst, eine Delegatinn nach Schweden zu schicken.

Reaktion auf die kommunistische Wirtschaftsoffensive

Hier stellen sich zwei Fragen; die Hilfe an unterentwickelte Länder und die Förderung der wissenschaftlichen Forschung.

Herr Streuli: Wir sollten schauen, ob wir nicht auf anderem Wege als über Geldleistungen helfen können, nachdem unsere finanziellen Mittel nicht ausreichen dürften, um etwas Wirksames zu tun. Wenn man mit Geld helfen muss, sollte man schauen, ob man nicht über die Weltbank helfen kann. Vielleicht könnten wir ihr beitreten.

Was die Hilfe durch die Abgabe von Technikern und die Ausbildung der Techniker der unterentwickelten Länder bei uns betrifft, so stellt sich zuerst die Frage, wo wir diese Techniker hernehmen sollen. Was die Ausbildung der Ausländer betrifft, so haben die Kantone hier ihre Pflichten zu erfüllen. Die Kantone, die bereit sind, für ihre Strassen Millionen auszugeben, sollten auch für ihre Universitäten mehr tun.

Ist es eine verfassungsmässige Aufgabe des Bundes, unterentwickelten Ländern zu helfen? Herr Streuli hat hier Zweifel. Unter Umständen müsste man die verfassungsmässige Grundlage schaffen.

Herr Etter: Nach dieser Richtung ist der Redner viel positiver eingestellt als für den Beitritt zur UNO. Es stellt sich hier eine Aufgabe und die Möglichkeit einer Hilfe für unsern neutralen Staat. Wenn unser Land hilft, ist unsere Hilfe desinteressiert, was der Hilfe ein grösseres moralisches Gewicht gibt.

Die grösste Aktion war der Kredit von 100 Millionen Franken am Ende des Krieges. Die Räte haben den Betrag ohne Schwierigkeiten bewilligt, unter dem Eindruck ein Dankesopfer zu bringen.

Die verfassungsrechtliche Frage kann näher geprüft werden, doch ist festzuhalten, dass nicht einmal Herr Ständerat Stüssi, der er es mit dieser Frage sehr ernst nimmt, bisher bei neuen derartigen Vorlagen, die Frage der Verfassungsmässigkeit aufgeworfen hat. Es besteht hier ein ungeschriebener Verfassungsgrundsatz der Solidarität. Wir sollten unsere Anstrengungen nach dieser Richtung fortsetzen.

(Da Herr Streuli hier um 10 Uhr 15 die Sitzung verlassen muss, erhält er noch Gelegenheit ein Wort zum Geschäft "Garden Party für das diplomatische Corps 1959" zu sagen).

Herr Etter (Fortsetzung). Wir sollten unsere Hilfe dadurch möglichst nachhaltig gestalten, dass wir sie auf die vom Kommunismus am meisten bedrohten Gebiete konzentrieren. Herr Etter wäre glücklich, wenn man den Kredit für "Pro Helvetia" auf 1 1/2 Mio erhöhen könnte.

Was die wissenschaftliche Forschung betrifft, hat der Bericht Hochstrasser den Redner sehr interessiert. Er wünscht noch je ein Exemplar für den Präsidenten des Schulrates und den Präsidenten des Forschungsrates.

Was der Bericht Hochstrasser anbelangt, hat Herr Etter den Eindruck, dass er die Dinge in der Schweiz zu pessimistisch beurteilt, indem er uns mit den USA vergleicht, mit denen wir natürlich niemals Schritt halten können.

Dagen muss festgestellt werden, was der Bund für die ETH leistet. Ebenso ist erwähnenswert die schrittweise Erhöhung der Leistungen an den Nationalfonds.

Anerkennenswert ist die Leistung unserer Industrie (chemische Industrie, Brown Boveri) für die wissenschaftliche Forschung. Die Industrie stellt der ETH für die Forschung Mittel zur Verfügung, die das übersteigt, was der Bund leistet. Es geschieht also Vieles und Erfreuliches, aber es ist sicher, dass wir uns weiter anstrengen müssen und dass aus dem Bericht Hochstrasser wertvolle Anregungen entnommen werden können.

Herr Lepori stellt fest, dass es sich bei der Hilfe an unterentwickelte Länder um ein Tätigkeitsgebiet handle, dem wir alle Aufmerksamkeit schenken müssen. Die Kehrseite der Medaille ist, dass wir uns damit selber eine gewisse Konkurrenz schaffen. Wir können gewisse Hoffnungen haben, dass die Leute, denen wir helfen, nicht vom Kommunismus erfasst werden. Man sollte ein Inventar der schweizerischen Leistungen auf diesem Gebiete aufstellen. Man sollte wissen, was für Stipendien zur Verfügung stehen. Man sollte schauen, die Mittel nicht zu sehr zu zersplittern und sie für die am meisten bedrohten Länder reservieren. Die zuständigen Departemente sollten uns eine Zusammenstellung geben über das, was man schon gemacht hat und das, was man noch tun könnte.

Was die verfassungsmässige Seite anbelangt, so hat eine solche Hilfe keine präzise verfassungsmässige Grundlage. Es handelt sich um eine allgemeine praktische Staatsaufgabe.

Herr Holenstein: Das Gebiet der Hilfe an die unterentwickelten Länder ist grenzenlos. Wir sollten eine gewisse Doktrin schaffen, in welcher Richtung und in welchem Ausmass wir helfen wollen.

Auf finanziellen Gebiet stellt sich die Frage, inwieweit wir uns an internationalen Organisationen (Weltbank) beteiligen. Neben der multilateralen Finanzierungshilfe stellt sich das Problem der direkten Hilfe an einzelne Länder zusammen mit dem Export. Die Exportrisikogarantie spielt auch bei den unterentwickelten Länder eine Rolle. Aber hier zeigt sich, dass die Rückzahlungsfrist von 5 Jahren für sie oft zu kurz ist. Der dringendste Anwendungsfall ist Indien. Man sollte hier langfristige Kreditgewährungen in Aussicht nehmen können. Dabei besteht natürlich oft die Gefahr, dass unseren eigenen Industrie durch die Industrialisierung dieser Länder eine grosse Konkurrenz erwächst.

Die technische Hilfe ist seit Jahren durchgeführt worden. Es besteht eine besondere Schweiz. Koordinationskommission für technische Hilfe.

Die Stipendien für Leute aus unterentwickelten Gebieten, die bei uns ausgebildet werden, müssen noch vermehrt werden.

Privathilfe. Eine Reihe von privaten Unternehmungen verfolgen den Gedanken, in derartigen Ländern Lehrwerkstätten einzurichten.

Was den Bericht Hochstrasser anbelangt, ist der Berichterstat- ter in einzelnen Punkten nicht genügend orientiert. Richtig ist, dass auch für uns ein vermehrtes Bedürfnis für die Grundlagenforschung besteht. Besonders die Textilindustrie sollte sich zusammenschliessen, um eine gewisse Grundlagenforschung zu fördern.

Was die kantonalen Universitäten betrifft, so ist nicht zu leugnen, dass hier eine gewisse Koordination und Aufgabenteilung erwünscht wäre.

Herr Wahlen: Dieses Kapitel ist das wichtigste des ganzen Berichtes. Für die Hilfe an unterentwickelte Länder werden wir nirgends ein geschriebenes Verfassungsrecht finden. Es ist deshalb unnötig, diese Frage noch eingehend zu prüfen.

Die Konkurrenzwirkung der technischen Hilfe auf unsere Industrie wird kompensiert durch die Schaffung neuer Absatzmärkte. Indem diese Länder ihre Rohstoffe selber umarbeiten, schaffen sie neue Kaufkraft und damit neue Bedürfnisse. Sie werden auf andern Gebieten unsere Kunden oder dann für die anspruchsvollere Ware des gleichen Fabrikationsgebietes, die sie nicht selber erzeugen können. Auch die Leute, die mit unseren Stipendien ausgebildet wurden, können zu unseren Konkurrenten werden. Der Vorteil dieser Hilfe aber ist, dass unser Land sich Sympathie erwirbt und dass der Wunsch, das Schweizerprodukt zu bekommen geweckt wird.

Herr Wahlen macht an Hand statistischer Zahlen Angaben über die Wirtschaftsoffensive des Ostblockes. Die Leistungsfähigkeit der Ostwirtschaft nähert sich rapid derjenigen der Westwirtschaft. Die Produktion der Sowjetunion an Stahl und Kohlen wird 1960 die der USA erreichen. Das Bedenkliche ist, dass diese ganze Wirtschaftsmacht in einer Hand vereinigt ist und gesteuert werden kann in der Richtung des angestrebten politischen Zieles. Das wird ausserordentlich gefährlich. Diese Dinge sollte man unserem Volke sagen.

Herr Wahlen stimmt den Schlussfolgerungen des Berichtes zu, dass wir die Landesverteidigung auch an dieser Front nicht vernachlässigen dürfen. 10 % der Kosten der militärischen Landesverteidigung oder, wenn das zu viel ist, mindestens 50 Mio Frs. sollten wir für diese Aufgabe einsetzen. Wir könnten hier beispielgebend vorgehen. Herr Wahlen sieht keinen Grund, warum wir nicht Mitglied der Weltbank und der Société financière de développement werden sollten.

Die Weltbank gewährt nur Darlehen für bankwürdige Unternehmen. Der Spezialfonds will sich mehr der Fälle annehmen, die nicht bankwürdig sind.

Was die Frage Multilateralismus und Bilateralismus anbelangt, haben wir die Tendenz, unsere eigenen Wege zu gehen. Die ganze Hilfeleistung sollte stärker zentralisiert werden bei einer Stelle, die die Verbindungen zu unseren diplomatischen Vertretungen aufrecht erhält. Die technische Hilfe von offizieller Seite sollte mehr den multilateralen Weg über Weltgesundheitsorganisation, FAO etc. einschlagen, um dem Gedanken der Solidarität vermehrt Ausdruck zu geben. Dieser Gedanke hat am meisten gelitten durch das Vorgehen der USA, die die Hilfe mit der politischen Idee verknüpft haben. Es wäre viel nützlicher gewesen, wenn diese Leistungen über den multilateralen Weg gegangen wäre. Alle Länder reagieren besser auf die Hilfe, die auf dem Multilateralen Weg erfolgt.

Was den Gedanken von Herrn Etter betrifft, die Hilfe auf die am meisten gefährdeten Stellen zu konzentrieren, so wird die Gefahr sehr schwer zu lokalisieren sein.

Herr Petitpierre: Den Bericht Hochstrasser hat Herr Petitpierre geschickt an die HH. Pallmann, von Muralt und Hummler.

Das Problem des Beitritts zur Weltbank soll nun auf die nächste Tagesordnung der Wirtschaftsdelegation des Bundesrates kommen.

Das Verfahren für die Gewährung der technischen Hilfe ist sehr kompliziert. Das Geschäft wickelt sich ab über die Dienste des EPD und des BIGA. Das Ergebnis steht in keinem Verhältnis zum Papier, das verschrieben werden muss. Hier ist eine bessere Koordination nötig. Die Koordinationskommission für die technische Hilfe vereinigt sich einmal im Jahr. Man sollte einen Delegierten bezeichnen, der alle diese komplizierten Fragen prüft und koordiniert. Es handelt sich um einer vorübergehende Aufgabe.

Im Stipendienwesen herrscht die reinste Anarchie. Es handelt sich um ein Gesamtschweizerisches Problem, das die Kraft der Kantone übersteigt. Die Kantone haben ihre Verantwortung, aber man muss trotzdem das Gesamtproblem prüfen. Der Nationalfonds ist ungenügend, weil er seine Beiträge nach allen Seiten verteilen muss. Man sollte einmal einen Gedankenaustausch mit gewissen Persönlichkeiten (Pallmann, v. Muralt) pflegen. Wir hätten nach der Suezaffäre ägyptische Studenten aufnehmen können, aber die Angelegenheit ist im Sande verlaufen. Allerdings sind diese Studenten nicht immer willkommen. Um sie aufnehmen zu können braucht es auch Platz. Herr Petitpierre möchte zum Schluss wissen, was der Rat davon hält, einen Delegierten für die Hilfe an die unterentwickelten Länder zu bezeichnen. Könnte das Problem der wissenschaftlichen Forschung und die Kaderfrage nicht an einer Konferenz mit einigen kompetenten Persönlichkeiten besprochen werden?

Herr Etter schlägt vor, die konkreten Fragen an einer späteren Sitzung zu behandeln. Auf eine Anregung von Herrn Lepori erklärt sich Herr Petitpierre bereit, eine Zusammenstellung der konkreten Fragen zu machen, über die der Rat diskutieren könnte.

40 Jahre internationale Arbeitsorganisation
(s. Beschlussprotokoll).

Garden Party für das diplomatische Corps.

Vor seinem Weggang hat Herr Streuli erklärt, dass die vorgesehenen 26'000 Franken über den Rahmen einer Garden Party hinausgehen. Auch die Zahl von 550 Teilnehmer ist übersetzt. Er möchte deshalb die Frage stellen, ob man es nicht einfacher machen könnte und nicht vielleicht doch noch einmal Oberhofen in Betracht ziehen sollte.

Dazu erklärt Herr Petitpierre (in Abwesenheit von Herrn Streuli), dass das diplomatische Corps schon sehr gut über die Pläne mit Chillon orientiert sei, und dass deshalb das Projekt nicht mehr zur Diskussion stehe. Nachdem man eine solche Veranstaltung nicht jedes Jahr mache, sollte man sich schon an das Programm halten können. Der Transport der Gäste sollte per Extrazug erfolgen. Herr Petitpierre will noch schauen, ob die Zahl der schweiz. Teilnehmer etwas reduziert werden kann, sodass man auf etwa 500 Teilnehmer käme.

Der Rat hat keine Einwendungen zu machen.

Einladung Südafrika 1. Juni
Herr Wahlen wird abgeordnet.

Einladung Italien 2. Juni
Herr Lepori wird abgeordnet.